

732611-2024 - Wettbewerb

Deutschland – Dienstleistungen von Ingenieurbüros – 24D0164 - Zielunterbringung BAAINBw - 1. BA / Gneisenau-Kaserne, Koblenz - Rahmenvereinbarung - Gebäudeuntersuchung
OJ S 234/2024 02/12/2024
Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung
Dienstleistungen

1. Beschaffer

1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch das Bundesministerium der Verteidigung, vertreten durch das Amt für Bundesbau -ABB-, vertreten durch den Landesbetrieb Liegenschafts- und Baubetreuung -Niederlassung Diez-, vertreten durch die Niederlassungsle

E-Mail: VOFVergabe.Koblenz@LBBnet.de

Rechtsform des Erwerbers: Zentrale Regierungsbehörde

Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Verteidigung

2. Verfahren

2.1. Verfahren

Titel: 24D0164 - Zielunterbringung BAAINBw - 1.BA / Gneisenau-Kaserne, Koblenz - Rahmenvereinbarung - Gebäudeuntersuchung

Beschreibung: Für die Maßnahme "Zielunterbringung BAAINBw" in der Bundeswehrliegenschaft Gneisenau Kaserne Koblenz, ist für den gesamten Baufeld-Bereich des 1. Bauabschnitts (1. BA), die Dienstleistung "Gebäudeuntersuchungen" für eine umfassende Untersuchung auf Schadstoffe in den 15 verschiedene Objekte bzw. Gebäude u. deren technischen Anlagen, zu erbringen. Diese Auftragsvergabe erfolgt als Rahmenvereinbarung mit 3 Unternehmen (Auftragnehmern). Die festgelegten Bedingungen der Vereinbarung, basierend auf dem "Leistungskatalog für Gebäudeuntersuchung", können bedarfsgerecht in Einzelabrufungen bzw. Einzelaufträgen abgerufen werden. Die Leistung umfasst die Identifizierung und Bewertung potenziell gefährlicher Materialien wie z.B. Asbest, Blei, PCB"s und andere schädliche Substanzen und finden in der AHO, Nr. 43, Fachplanungsleistungen zu "Schadstoffen in Objekten - bauliche u. technische Anlagen" sinngemäß Anwendung. (Stand Februar 2023). Ziel ist es alle relevanten Informationen zu sammeln, um den Rückbau der Gebäude sicher und gesetzeskonform durchzuführen.

Kennung des Verfahrens: 3664774d-641b-4fc8-a2ca-30f2c2bdf528

Interne Kennung: 24D0164

Verfahrensart: Offenes Verfahren

Das Verfahren wird beschleunigt: nein

2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71300000 Dienstleistungen von Ingenieurbüros

Zusätzliche Einstufung (cpv): 71240000 Dienstleistungen von Architektur- und Ingenieurbüros sowie planungsbezogene Leistungen, 71250000 Dienstleistungen von Architektur- und Ingenieurbüros sowie Vermessungsdienste, 71000000 Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und Prüfstellen

2.1.2. Erfüllungsort

Postanschrift: Alte Heerstraße 149

Stadt: Koblenz

Postleitzahl: 56076

Land, Gliederung (NUTS): Koblenz, Kreisfreie Stadt (DEB11)

Land: Deutschland

2.1.4. Allgemeine Informationen

Zusätzliche Informationen: Bekanntmachungs-ID: CXPLYDYFAK 1) Bietergemeinschaften (BGen) BGen, die sich erst nach der Einreichung des Angebots gebildet haben, werden nicht zugelassen. Mehrfachbewerbungen einzelner Mitglieder einer BG sind unzulässig u. führen zum Ausschluss aller betroffenen BGen. Bei BGen ist nur ein Angebot (Angebotsblatt, Kalkulationsblätter und Darstellung zu den Zuschlagskriterien) einzureichen. Für jedes Mitglied der BG ist ein eigener mit den erforderlichen Angaben ausgefüllter Eignungsbogen einzureichen. Liegt bei einem Mitglied einer BG ein Ausschlussgrund nach den §§ 123, 124 GWB oder aufgrund des Bezugs zu Russland i.S.d. "Verordnung (EU) 2022/576 des Rates vom 8. April 2022 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren" (Artikel 5k) vor, so muss dieses Mitglied ersetzt werden. Bei BGen sind nur ein Projektleiter und ein Bauleiter zu benennen. Die Leistungsabgrenzung innerhalb der BG ist darzustellen. 2) Eignungsleihe (§ 47 VgV) Beabsichtigt der Bieter im Hinblick auf die erforderliche wirtschaftliche u. finanzielle sowie die technische u. berufliche Leistungsfähigkeit die Kapazitäten eines anderen Unternehmens in Anspruch zu nehmen u. erfüllt dieses Unternehmen die entsprechenden Eignungskriterien nicht od. liegt bei diesem Unternehmen ein Ausschlussgrund nach den §§ 123, 124 GWB od. aufgrund des Bezugs zu Russland i.S.d. Verordnung (EU) 2022/576 vor, so muss dieses Mitglied ersetzt werden. Für jedes Unternehmen, dessen Kapazitäten in Anspruch genommen werden sollen, ist ein eigener mit den erforderlichen Angaben ausgefüllter Eignungsbogen einzureichen. Zum Nachweis, dass dem Bewerber die erforderlichen Kapazitäten des anderen Unternehmens zur Verfügung stehen, hat er eine entsprechende Verpflichtungserklärung dieses Unternehmens mit dem Eignungsbogen bzw. dem Angebot vorzulegen. 3) Unteraufträge (§ 36 VgV) Beabsichtigt der Bieter eine Unterauftragsvergabe, so hat der Bewerber die Teile des Auftrags, die er an Dritte zu vergeben beabsichtigt, u. - soweit bekannt - die Namen der vorgesehenen Unterauftragnehmer zu benennen. Der Bieter hat mit dem Angebot im Eignungsbogen Angaben zu den vorgesehenen Unterauftragnehmern u. dessen Vertretern sowie Erklärungen zum Vorliegen von Ausschlussgründen zu machen. Liegt bei dem Unterauftragnehmer ein Ausschlussgrund nach § 123 GWB, § 124 GWB od. aufgrund des Bezugs zu Russland i.S.d. Verordnung (EU) 2022/576 vor, so muss dieses Unternehmen ersetzt werden. Zum Nachweis, dass dem Bieter die erforderlichen Mittel der anderen Unternehmen zur Verfügung stehen, hat er vor Zuschlagserteilung entsprechende Verpflichtungserklärungen vorzulegen. 4) Angebotsunterlagen / Vorlage von Nachweisen, Angaben und Unterlagen Für das Angebot sind die vom Auftraggeber zur Verfügung gestellten Formulare (bzw. anstelle des Eignungsbogens die Einheitliche Europäische Eigenerklärung (EEE)) zu verwenden und vollständig ausgefüllt, in deutscher Sprache und in Textform (§ 126b BGB) bei der angegebenen Kontaktstelle einzureichen. Eine Unterschrift od. Signatur auf dem Eignungsbogen und dem Angebot sowie auf den geforderten Anlagen ist nicht erforderlich. Es ist jedoch zwingend an den dafür vorgesehenen Stellen der Name der bevollmächtigten, natürlichen Person anzugeben, die für den Bieter die Eigenerklärung abgibt. Das Angebot und der Eignungsbogen sind mit allen geforderten Erklärungen und Nachweisen bei der

angegebenen Kontaktstelle vollständig elektronisch über den Projektraum zum Verfahren auf dem Vergabemarktplatz Rheinland-Pfalz (VMP RLP) bei der angegebenen Kontaktstelle einzureichen. Die Unterlagen sind ausschließlich im Projektraum im Bereich "Angebote" hochzuladen. Der Eignungsbogen und das Angebot müssen die geforderten Erklärungen u. Nachweise enthalten. Die Angaben sind wahrheitsgemäß zu machen. Änderungen des Bieters an seinen Eintragungen müssen zweifelsfrei sein. Änderungen an den Vergabeunterlagen sind unzulässig. Nicht form- u. fristgerecht od. in Papierform eingereichte Angebote, Eignungsbögen u. Unterlagen bzw. formlose Anträge, die nicht unter Verwendung der Formulare des Auftraggebers bzw. der EEE gestellt werden, werden vom weiteren Vergabeverfahren ausgeschlossen. Für die Erstellung und Einreichung des Angebots sowie der weiteren Erklärungen und Nachweise / Unterlagen werden keine Entschädigungen / Vergütungen gezahlt. 5) Erhalt der Vergabeunterlagen/Aufforderung zur Angebotsabgabe Die Vergabeunterlagen werden ausschließlich im Projektraum zum Verfahren auf dem VMP RLP zur Verfügung gestellt. Diese können dort kostenlos bis zum Schlusstermin für den Eingang der Angebote heruntergeladen werden u. Nachrichten der Vergabestelle können dort eingesehen werden. Es gelten hierfür die AGB des VMP RLP. 6) Kommunikation Die Kommunikation erfolgt ausschließlich über den VMP RLP. 7) zur elektronischen Rechnungsstellung Entgegen der systemseitigen Voreintragungen bei den Angaben zu elektronischen Arbeitsabläufen bzw. bei den Bedingungen für die Auftragsvergabe ist eine elektronische Rechnungsstellung zulässig aber NICHT erforderlich. 8) Ausschreibungsbedingungen / Ausschlussgründe Es ist eine Erklärung abzugeben, ob die in den §§ 123 oder 124 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) genannten Ausschlussgründe vorliegen (einschließlich der Ausschlussgründe nach § 21 des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes, § 98c des Aufenthaltsgesetzes und § 19 des Mindestlohngesetzes). Es dürfen nur solche Bewerber am Wettbewerb teilnehmen und eine Auftragsvergabe ist nur an solche Bieter möglich, bei denen ein Bezug zu Russland im Sinne der "Verordnung (EU) 2022/576 des Rates vom 8. April 2022 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren" (Artikel 5k) nicht vorliegt. Als Nachweis ist eine entsprechende Eigenerklärung (siehe Eignungsbogen) vorzulegen.

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

vgv -

2.1.6. Ausschlussgründe

Rein innerstaatliche Ausschlussgründe:

Der Zahlungsunfähigkeit vergleichbare Lage gemäß nationaler Rechtsvorschriften:

Korruption:

Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung:

Vereinbarungen mit anderen Wirtschaftsteilnehmern zur Verzerrung des Wettbewerbs:

Verstoß gegen umweltrechtliche Verpflichtungen:

Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung:

Betrugsbekämpfung:

Kinderarbeit und andere Formen des Menschenhandels:

Zahlungsunfähigkeit:

Verstoß gegen arbeitsrechtliche Verpflichtungen:

Verwaltung der Vermögenswerte durch einen Insolvenzverwalter:

Falsche Angaben, verweigerte Informationen, die nicht in der Lage sind, die erforderlichen Unterlagen vorzulegen, und haben vertrauliche Informationen über dieses Verfahren erhalten.:
Interessenkonflikt aufgrund seiner Teilnahme an dem Vergabeverfahren:

Direkte oder indirekte Beteiligung an der Vorbereitung des Vergabeverfahrens:
Schwere Verfehlung im Rahmen der beruflichen Tätigkeit:
Vorzeitige Beendigung, Schadensersatz oder andere vergleichbare Sanktionen:
Verstoß gegen sozialrechtliche Verpflichtungen:
Zahlung der Sozialversicherungsbeiträge:
Einstellung der gewerblichen Tätigkeit:
Entrichtung von Steuern:
Terroristische Straftaten oder Straftaten im Zusammenhang mit terroristischen Aktivitäten:

5. Los

5.1. Los: LOT-0001

Titel: 24D0164 - Zielunterbringung BAAINBw - 1.BA / Gneisenau-Kaserne, Koblenz -
Rahmenvereinbarung - Gebäudeuntersuchung

Beschreibung: Die Bundeswehrliegenschaft Gneisenau Kaserne befindet sich in 56076 Koblenz, in der Alte Heerstraße 149 und soll zu einem Bürostandort für die Deckung des Bedarfs an Bürokapazität durch das Bundesamt für Ausrüstung, Infotechnik u. Nutzung der Bundeswehr (BAAINBw) hergerichtet werden. Die sich auf dem Gelände befindenden 47 Gebäude (Baujahr zwischen 1937 u. 1988) der Liegenschaft sind für eine langfristige Büronutzung nicht geeignet und sämtliche Ver- und Entsorgungsleitungen der Liegenschaft sind erneuerungsbedürftig. Die geplante Neugestaltung der Liegenschaft wird in 4 Bauabschnitten, zeitlich nacheinander, durchgeführt, wobei die jeweiligen nicht betroffenen Bauabschnitte weiterhin in Betrieb bleiben müssen. 1. Bauabschnitt: Der erste Bauabschnitt liegt im Westen der Liegenschaft und soll den Infrastrukturbedarf der Abteilung I des BAAINBw decken. Dieser Bauabschnitt wird in zwei Teilbereiche getrennt. Teil A berücksichtigt den Rückbau der Bestandsgebäude. Teil B beinhaltet den Rückbau der Infrastruktur und die Neuerrichtung der Bürogebäude, des Kantinen- und Konferenzgebäudes, des ZVA (zentrales Versorgungsgebäude) und des Parkdecks, sowie den Außenlagen und die bedarfsgerechte Neuordnung der Ver- und Entsorgung in der Liegenschaft. Die Baufeldgröße des 1. Bauabschnitts (1. BA) (Teil A und Teil B) beträgt ca. 8 ha. Diese Fläche ist mit 15 verschiedene massiven Gebäuden bebaut, die zwischen 1937 und 1988 errichtet wurden, mit einer BGF von ca. 28.500 m² und einem gesamten BRI von ca. 127.000 m³. Zu vergebende Leistung: Die zu vergebenden Leistungen des Auftragnehmers (AN) umfassen die Untersuchungen von 15 Objekten und deren baulichen und technischen Anlagen auf das Vorhandensein von Schadstoffen. Dies beinhaltet eine Reihe von spezifizierten Aufgaben die in verschiedenen Phasen durchgeführt werden, wie z.B. das Erheben der Grunddaten, das Festlegen des Untersuchungsumfangs und das Erstellen eines Untersuchungsplans. Probenentnahmen und Messungen und Vor- Ort-Untersuchungen, Laboranalysen der Proben und Dokumentation der Ergebnisse und abschließender Bewertung und Gutachtenerstellung (Risiko- u. Gefährdungsbewertung, Empfehlungen). Weiter sind geotechnischen Untersuchungen im umliegenden Außenbereich der unterkellerten Gebäude im Baufeldbereich 1. BA, im Hinblick auf die Gebäudeabrissplanung (Baufeldfreimachung) auszuführen. Die Identifizierung und Bewertung potenziell gefährlicher Materialien wie z.B. Asbest, Blei, PCB's und andere schädliche Substanzen dient der Bewältigung von Schadstoffbelastungen. Ziel ist es, die kontaminierte Bausubstanz von den nicht belasteten Materialien zu entfernen um den Rückbau der Gebäude sicher und gesetzeskonform durchzuführen zu können, zum Schutz der Gesundheit von Mensch und Umwelt. Folgende Gebäude sind in den Planungsleistungen enthalten: 3 unterkellerte Kompaniegebäude, 3-geschossig mit Walmdach (Baujahr: 1937/1988/1988); 4 unterkellerte Wirtschaftsgebäude bzw. Offiziersheime 2-geschossig mit Walmdach (Baujahr 1937/1938); 2 nicht unterkellerte

eingeschossige Werk- bzw. KFZ-Hallen mit einem Satteldach (Baujahr 1937); 1 nicht unterkellerte eingeschossige Werk- bzw. KFZ-Hallen mit einem Flachdach (Baujahr 1988); 1 ABC-Übungsgebäude, eingeschossig und unterkellert mit einem Flachdach (Baujahr 1970); 1 KFZ-Halle, eingeschossig und unterkellert, mit einem Walmdach (Baujahr 1937) 1 Werk-Halle, zweigeschossig und unterkellert, mit einem Walmdach (Baujahr 1937); 1 Sport-/Ausbildungshalle, eingeschossig u. nicht unterkellert, mit Walm- u. Flachdachbereich (Baujahr 1965); 1 Küchenabfallgebäude, eingeschossig und nicht unterkellert, mit Flachdach (Baujahr 1937). Leistungsschritt 1: Auswertung der Historie und Erfassung der IST-Situation (u.a. Einarbeiten in die Maßnahme u. Klärung der Aufgabenstellung, Auswerten der Informationen u. identifizieren von Verdachtsstellen anhand der vorh. Unterlagen mit Bestand. Vorbereitung der Gebäudeuntersuchung bzw. der Untersuchungsplanung, Besichtigungen u. Begehungen Festlegen und dokumentieren der Probenahme Leistungsschritt 2: Technische Erkundung (u. a. Aufstellen eines Untersuchungsprogramms, Festlegung der für die Technische Erkundung relevanten Sachverhalte in der Gebäudesubstanz, Aufstellen eines Probenahme- und Probenablaufplans für die technische Erkundung, Durchführung der Probenahme: Baustelleneinrichtung, Raumluftmessungen, Kernbohrungen und Bauteilöffnungen, Anwendung von Probenahmeverfahren, wie z.B. Abspitz- oder Abkratprobe, Haufwerkbeprobung, Probevorbereitung sowie Laboruntersuchung (Analytik und Deklaration), Abfallkataster und Entsorgungskonzept Fachliche Planungs-Beteiligte für den Rückbau: Baulogistikplanung SiGeKo Rückbau Gebäude-Planung Kosten: Die Baufeldgröße des 1. Bauabschnitts beträgt ca. 8 ha. Diese Fläche des 1. Bauabschnitts ist mit 15 verschiedene massiven Gebäuden bebaut, mit einer BGF von ca. 28.500 m² und einem gesamten BRI von ca. 127.000 m³. Die ermittelten Baukosten nach DIN 276 (KG 200) sind ca. 4.600.000 EUR (netto) Voraussichtliche Termine: Dienstleistung Gebäudeuntersuchung: 02/2025 bis 11/2027 (Ausführung Rückbau Gebäude/Baufeldfreimachung: 06/2026 - 10/2027) Die Rahmenvereinbarung wird mit mehreren Auftragnehmern (Anzahl 3) abgeschlossen. Der Auftraggeber behält sich vor, sofern nicht genug Bieter vorhanden sind, den Vertrag auch mit weniger Auftragnehmern (mindestens 1 Auftragnehmer) zu schließen.
Interne Kennung: 24D0164

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71300000 Dienstleistungen von Ingenieurbüros

Zusätzliche Einstufung (cpv): 71240000 Dienstleistungen von Architektur- und Ingenieurbüros sowie planungsbezogene Leistungen, 71250000 Dienstleistungen von Architektur- und Ingenieurbüros sowie Vermessungsdienste, 71000000 Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und Prüfstellen

Optionen:

Beschreibung der Optionen: Der AG behält sich eine stufenweise Beauftragung der einzelnen Leistungen in Anlehnung der AHO-Schriftenreihe Nr. 43 vor. Ein Rechtsanspruch auf Übertragung der Leistungen sowie der besonderen Leistungen besteht nicht. Den Umfang der stufenweisen Beauftragung regelt der Einzelauftrag. Bei stufenweiser Beauftragung kann der AN den durch den Einzelauftrag geschlossenen Vertrag innerhalb einer Frist von einem Monat kündigen, wenn der AG die Leistungen für die jeweils folgende Stufe nicht innerhalb einer angemessenen Frist abrufen. Eine solche angemessene Frist endet im Regelfall nicht vor Ablauf von 6 Monaten nach vollständiger Erfüllung der Leistungen der vorangegangenen Stufe.

5.1.2. Erfüllungsort

Postanschrift: Alte Heerstraße 149

Stadt: Koblenz

Postleitzahl: 56076

Land, Gliederung (NUTS): Koblenz, Kreisfreie Stadt (DEB11)

Land: Deutschland

5.1.3. Geschätzte Dauer

Laufzeit: 33 Monate

5.1.6. Allgemeine Informationen

Die Namen und beruflichen Qualifikationen des zur Auftragsausführung eingesetzten Personals sind anzugeben: Erforderlich für das Angebot

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: nein

Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: ja

Zusätzliche Informationen: #Besonders auch geeignet für:freelance#

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Keine strategische Beschaffung

5.1.9. Eignungskriterien

Kriterium:

Art: Eignung zur Berufsausübung

Bezeichnung: Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- und Handelsregister

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Der Bieter hat einen aktuellen Auszug aus dem einschlägigen Berufs-, Handels- oder Partnerschaftsregister einzureichen oder in Ermangelung eines solchen, eine aktuelle Bescheinigung einer Gerichts- oder Verwaltungsbehörde des Ursprungs- oder Herkunftslandes vorzulegen, sofern die Gesellschaftsform dies erfordert.

Kriterium:

Art: Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Bezeichnung: Berufshaftpflichtversicherung

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Als Nachweis ist mit dem Angebot vorzulegen: eine aktuelle Versicherungsbestätigung über das Bestehen einer Berufshaftpflichtversicherung oder alternativ eine schriftliche Erklärung der Versicherung nicht älter als zwei Monate, den geforderten Versicherungsschutz im Auftragsfall zur Verfügung zu stellen. Der Auftragnehmer / die Arbeitsgemeinschaft (ARGE) muss bei Abschluss der Rahmenvereinbarung eine Berufshaftpflichtversicherung während der gesamten Vertragszeit unterhalten und ist verpflichtet dem AG jährlich eine aktuelle Versicherungsbescheinigung vorzulegen. Er/Sie hat zu gewährleisten, dass zur Deckung eines Schadens aus dem Vertrag Versicherungsschutz in Höhe der im Vertrag genannten Deckungssummen besteht. In jedem Fall ist der Nachweis zu erbringen, dass die Maximierung der Ersatzleistungen pro Versicherungsjahr bzw. für alle Versicherungsfälle bei dem Projekt mindestens das Zweifache der Deckungssummen beträgt. Bei Versicherungsverträgen mit Pauschaldeckungen (also ohne Unterscheidung nach Sach- und Personenschäden) ist eine zusätzliche schriftliche Erklärung des Versicherungsunternehmens erforderlich, dass beide Schadenskategorien im Auftragsfall nebeneinander mit den jeweils geforderten Deckungssummen abgesichert sind. Bei einer Bietergemeinschaft / ARGE muss der Versicherungsschutz bzw. die Versicherungserklärung auf die ARGE ausgestellt sein und eine gesamtschuldnerische Haftung auch für Schäden im Verantwortungsbereich einzelner Mitglieder der ARGE bestätigen. Alternativ kann eine Versicherungsbestätigung über den geforderten Versicherungsschutz von allen ARGE-Mitgliedern vorgelegt werden, wenn und soweit gerade auch die Tätigkeit in einer ARGE mit

Haftung für die gesamte ARGE, auch für die Leistungsbereiche der weiteren ARGE-Mitglieder, mitversichert ist; aus der Bescheinigung muss eindeutig hervorgehen, dass diese Tätigkeit in einer ARGE mit Außenhaftung für die gesamte ARGE, auch für die Leistungsbereiche der weiteren ARGE-Mitglieder, enthalten ist. Als Mindeststandards werden gefordert: Berufshaftpflichtversicherung des Auftragnehmers / der ARGE für alle beauftragten Leistungen mit einer Deckungssumme von mind. 1,5 Mio. EUR für Personenschäden und von mind. 0,5 Mio. EUR für sonstige Schäden und einer mindestens 2-fachen Maximierung bei einem, in einem Mitgliedsstaat der EU oder eines Vertragsstaates des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum zugelassenen Versicherungsunternehmens oder Kreditversicherers. Bei einer Bewerbergemeinschaft bzw. ARGE muss der Versicherungsschutz eine gesamtschuldnerische Haftung auch für Schäden im Verantwortungsbereich einzelner Mitglieder der ARGE abdecken.

Kriterium:

Art: Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Bezeichnung: Allgemeiner Jahresumsatz

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Erklärungen des Bieters (Einzelunternehmen bzw. Bietergemeinschaft) über den allgemeinen Jahresumsatz (brutto) in dem Tätigkeitsbereich des Auftrags (Gebäudeuntersuchung). Die Jahresumsätze der Mitglieder einer Bietergemeinschaft bzw. der benannten Nachunternehmer, welche die Leistungen tatsächlich erbringen, werden aufaddiert. Als Mindeststandards werden gefordert: Der allgemeine Jahresumsatz im Bereich der Gebäudeuntersuchung der letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahre muss im Durchschnitt mind. 700000 EUR pro Jahr betragen.

Kriterium:

Art: Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Bezeichnung: Berufsqualifikation der technischen Fach- und Führungskräfte

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Die nachfolgend im Einzelnen aufgeführten technischen Fach- und Führungskräfte (Definition Führungskraft: Eine Person, die Leitungsfunktion und Führungsverantwortung hat. Hierzu zählen u.a. auch Projektleiter, Bauleiter und deren Stellvertreter.) namentlich und mit beruflicher Qualifikation anzugeben: - der Projektleiter und - des Sachbearbeiters. Entsprechende Formblätter werden mit den Vergabeunterlagen (Anlage zum Bewerbungsbogen) zur Verfügung gestellt. Die in den Mindeststandards geforderten beruflichen Qualifikationen sind nachzuweisen. Als Mindeststandards werden gefordert: Der Projektleiter muss eine abgeschlossene Hochschulausbildung (Dipl. Ing. Univ./TU/FH bzw. Bachelor oder Master) im Fachbereich Ingenieurwesen (Bauingenieurwesen /Umweltwissenschaften- oder techniken/Geowissenschaften oder vergleichbar) und eine Berufserfahrung von mind. 3 Jahren auf dem Gebiet Schadstofferkundung nach Studienabschluss nachweisen. Zudem muss der Projektleiter die Sachkunde gem. TRGS 519, Anlage 3, sowie die Fachkunde TRGS 524 und/oder die Sachkunde kontaminierte Bereiche nach DGUV Regel 101-004 (ehemals BGR 128) nachweisen. Zum Zeitpunkt des Ablaufs der Teilnahmefrist (s. Ziff. IV.2.2) muss das Zertifikat TRGS 519, Anlage 3 Gültigkeit besitzen. Der Sachbearbeiter muss eine abgeschlossene Hochschulausbildung (Dipl. Ing. Univ./TU/FH bzw. Bachelor oder Master) im Fachbereich Ingenieurwesen (Bauingenieurwesen /Umweltwissenschaften- oder techniken/Geowissenschaften oder vergleichbar) und eine Berufserfahrung von mind. 2 Jahren auf dem Gebiet Schadstofferkundung nach Studienabschluss nachweisen. Zudem muss der Sachbearbeiter die Sachkunde gem. TRGS 519, Anlage 3, sowie die Fachkunde TRGS 524 und/oder die Sachkunde kontaminierte

Bereiche nach DGUV Regel 101-004 (ehemals BGR 128) nachweisen. Zum Zeitpunkt des Ablaufs der Teilnahmefrist (s. Ziff. IV.2.2) muss das Zertifikat TRGS 519, Anlage 3 Gültigkeit besitzen.

Kriterium:

Art: Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Bezeichnung: Referenzen

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Für den Bieter (Unternehmen/Büro) / die Bietergemeinschaft, den Projektleiter und den Bauleiter sind aussagekräftige projektbezogene Referenzunterlagen über früher ausgeführte Dienstleistungsaufträge einzureichen.

Entsprechende Formblätter werden mit den Vergabeunterlagen (Anlage zum Bewerbungsbogen) zur Verfügung gestellt. Es werden alle Referenzen über einschlägige Dienstleistungsaufträge berücksichtigt, welche im zugelassenen Referenzzeitraum liegen und die geforderten Mindeststandards erfüllen. Zu den Referenzprojekten sind folgende Angaben über ein Projektdatenblatt abzugeben: a) Kurzbezeichnung der Baumaßnahme, b) Auftraggeber mit Name und Anschrift, c) Gebäudeart, d) Nutzfläche (NUF nach DIN 277), e) erbrachte Leistungsschritte, f) Zeitraum der Leistungserbringung (von/bis) und Abschluss der Leistung. Für die Referenzprojekte gelten folgende Mindestanforderungen: 1. Bieter (Unternehmen/Büro): Wertungskriterium 1 Mind. 1 Referenz für Gebäudeuntersuchung über "die Auswertung der Historie und Erfassung der Ist-Situation von Bestandsbebauungen" (auswerten und identifizieren von Verdachtsstellen (Schadstoffen) an Hand von Bestandsunterlagen - Leistungsschritt 1 in Anlehnung der AHO Nr. 43 Stand Februar 2023) bei Gebäuden mit mindestens 1.000 m² Nutzfläche. Zugelassener Referenzzeitraum: Abschluss des Leistungsschrittes 1 nach dem 01.12.2018 und Leistungsstand zum Ablauf der Teilnahmefrist abgeschlossen. Wertungskriterium 2 Mind. 1 Referenz über "Technische Erkundung von Bestandsbebauungen" (Aufstellen eines Untersuchungsprogramms und Aufstellen eines Probenablaufplans für techn. Erkundung sowie Durchführung der Probenahme inklusive Laboruntersuchung und Erstellen eines Schadstoffkatasters - Leistungsschritt 2 in Anlehnung der AHO Nr. 43 Stand Februar 2023) bei Gebäuden mit mindestens 1.000 m² Nutzfläche. Zugelassener Referenzzeitraum: Abschluss des Leistungsschrittes 1 nach dem 01.12.2018 und Leistungsstand zum Ablauf der Teilnahmefrist abgeschlossen. 2. Projektleiter: Mind. 1 Referenz der Leistung Gebäudeuntersuchungen und techn. Erkundung von Bestandsbebauungen (Leistungsschritte 1 + 2 in Anlehnung der AHO Nr. 43 Stand Februar 2023), bei Gebäuden mit mindestens 1.000 m² Nutzfläche. Zugelassener Referenzzeitraum: Abschluss des Leistungsschrittes 1 nach dem 01.12.2018 und Leistungsstand zum Ablauf der Teilnahmefrist abgeschlossen. 3. Sachbearbeiter: Mind. 1 Referenz der Leistung Gebäudeuntersuchungen und techn. Erkundung von Bestandsbebauungen (Leistungsschritte 1 + 2 in Anlehnung der AHO Nr. 43 Stand Februar 2023) bei Gebäuden mit mindestens 1.000 m² Nutzfläche. Zugelassener Referenzzeitraum: Abschluss des Leistungsschrittes 1 nach dem 01.12.2018 und Leistungsstand zum Ablauf der Teilnahmefrist abgeschlossen. Referenzobjekte, die mehrere Wertungskriterien erfüllen, dürfen bei allen zutreffenden Wertungskriterien aufgeführt werden.

Kriterium:

Art: Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Bezeichnung: Beschäftigtenzahl gesamt

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Der Bieter hat des Weiteren eine Erklärung abzugeben, aus der die durchschnittliche jährliche Beschäftigtenzahl des Bieters (inklusive Büroinhaber, ausgenommen Auszubildende und studentische Hilfskräfte) in den letzten drei Jahren ersichtlich ist. Als Mindeststandards werden gefordert: Die durchschnittliche jährliche

Beschäftigtenzahl im Bereich Gebäudeuntersuchung des Bieters (inklusive Büroinhaber, ausgenommen Auszubildende und studentische Hilfskräfte) in den letzten drei Jahren muss mind. 6 Beschäftigte betragen.

5.1.10. Zuschlagskriterien

Kriterium:

Art: Preis

Bezeichnung: Honorar

Beschreibung: Das Honorar wird rechnerisch bewertet.

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 100

5.1.11. Auftragsunterlagen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Frist für die Anforderung zusätzlicher Informationen: 08/01/2025 00:00:00 (UTC+01:00)

Mitteuropäische Zeit, Westeuropäische Sommerzeit

Internetadresse der Auftragsunterlagen: <https://lbb.vergabe.rlp.de/VMPSatellite/notice/CXPLYDYFAK/documents>

Ad-hoc-Kommunikationskanal:

URL: <https://lbb.vergabe.rlp.de/VMPSatellite/notice/CXPLYDYFAK>

5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: Erforderlich

Adresse für die Einreichung: <https://lbb.vergabe.rlp.de/VMPSatellite/notice/CXPLYDYFAK>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Nicht zulässig

Frist für den Eingang der Angebote: 14/01/2025 23:59:00 (UTC+01:00) Mitteleuropäische Zeit, Westeuropäische Sommerzeit

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können einige fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Der Auftraggeber behält sich vor, Unterlagen (Erklärungen und Nachweise) nach Maßgabe des § 56 VgV nachzufordern. Bieterunterlagen, die vom Auftraggeber nach dem Einreichungstermin / Ablauf der Angebotsfrist verlangt werden, sind zu dem vom Auftraggeber bestimmten Zeitpunkt im Projektraum auf dem Vergabemarktplatz Rheinland-Pfalz einzureichen. Werden die nachgeforderten Unterlagen nicht fristgerecht über den Projektraum nachgereicht, wird das Angebot ausgeschlossen.

Informationen über die öffentliche Angebotsöffnung:

Eröffnungstermin: 15/01/2025 10:00:00 (UTC+01:00) Mitteleuropäische Zeit, Westeuropäische Sommerzeit

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte

Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein

Bedingungen für die Ausführung des Auftrags: Bietergemeinschaften müssen im Auftragsfall die Form einer Arbeitsgemeinschaft annehmen, einen bevollmächtigten Vertreter bestimmen und sich vertraglich zur gesamtschuldnerischen Haftung verpflichten. Bei dem Auftragnehmer darf kein Bezug zu Russland im Sinne der "Verordnung (EU) 2022/576 des Rates vom 8. April 2022 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 833/2014" (Artikel 5k) vorliegen. Für die

Ausführung des Auftrags sind EDV-Schnittstellen zum Datenaustausch von CAD-Zeichnungen (mind. DXF u. DWG) und Leistungsverzeichnissen (mind. GAEB 1990) erforderlich. Die Bauarbeiten werden in einem militärischen Sicherheitsbereich ausgeführt. Auftragnehmer müssen ihren Geschäftssitz in einem NATO-Staat haben. Besucher aus Staaten mit besonderen Sicherheitsrisiken haben grds. keinen Zutritt zum militär. Sicherheitsbereichen ("Staatenliste", s. Vergabeunterlagen). Die Staatenliste im Sinne von § 13 Abs. 1 Nr. 17 SÜG wurde festgelegt durch das BMI.

Elektronische Rechnungsstellung: Erforderlich

Aufträge werden elektronisch erteilt: nein

Zahlungen werden elektronisch geleistet: ja

Von einer Bietergemeinschaft, die den Zuschlag erhält, anzunehmende Rechtsform: Eine Bietergemeinschaft hat im Auftragsfall die Form einer Arbeitsgemeinschaft mit gesamtschuldnerischer Haftung anzunehmen. Ein bevollmächtigter Vertreter ist anzugeben. (s. Eignungsbogen inkl. Anlagen)

5.1.15. Techniken

Rahmenvereinbarung:

Rahmenvereinbarung ohne erneuten Aufruf zum Wettbewerb

Höchstzahl der Teilnehmer: 3

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Vergabekammer des Bundes beim Bundeskartellamt

Informationen über die Überprüfungsfristen: Gemäß § 160 Absatz 3 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) ist ein Verstoß gegen Vergabevorschriften innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen nach Erkenntnis gegenüber dem Auftraggeber zu rügen. Verstöße gegen Vergabevorschriften, 1. die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, sind spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber zu rügen. 2. die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, sind spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber zu rügen. Bei Zurückweisung einer Rüge beträgt die Frist für die Beantragung eines Nachprüfungsverfahrens vor der Vergabekammer 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen.

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt: LBB

Niederlassung Koblenz, Zentrale Vergabestelle FbT, Hofstraße 257a, 56077 Koblenz

Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt: Amt für Bundesbau -ABB-

TED eSender: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)

8. Organisationen

8.1. ORG-0001

Offizielle Bezeichnung: Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch das Bundesministerium der Verteidigung, vertreten durch das Amt für Bundesbau -ABB-, vertreten durch den Landesbetrieb Liegenschafts- und Baubetreuung -Niederlassung Diez-, vertreten durch die Niederlassungsle

Registrierungsnummer: DE 194427360

Postanschrift: Goethestraße 9
Stadt: Diez
Postleitzahl: 65582
Land, Gliederung (NUTS): Rhein-Lahn-Kreis (DEB1A)
Land: Deutschland
Kontaktperson: LBB Niederlassung Koblenz, Zentrale Vergabestelle FbT, Hofstraße 257a, 56077 Koblenz
E-Mail: VOFVergabe.Koblenz@LBBnet.de
Telefon: +49 2619701-0
Fax: +49 2619701-444
Rollen dieser Organisation:
Beschaffer

8.1. ORG-0002

Offizielle Bezeichnung: LBB Niederlassung Koblenz, Zentrale Vergabestelle FbT, Hofstraße 257a, 56077 Koblenz
Registrierungsnummer: DE194427360
Postanschrift: Hofstraße 257a
Stadt: Koblenz
Postleitzahl: 56077
Land, Gliederung (NUTS): Koblenz, Kreisfreie Stadt (DEB11)
Land: Deutschland
E-Mail: VOFVergabe.Koblenz@LBBnet.de
Telefon: +49 2619701-0
Rollen dieser Organisation:
Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt

8.1. ORG-0003

Offizielle Bezeichnung: Amt für Bundesbau -ABB-
Registrierungsnummer: t:06131140880
Postanschrift: Wallstraße 1
Stadt: Mainz
Postleitzahl: 55122
Land, Gliederung (NUTS): Mainz, Kreisfreie Stadt (DEB35)
Land: Deutschland
E-Mail: postfach@abb-rlp.de
Telefon: +49 6131-140880
Fax: +49 6131-1408810
Rollen dieser Organisation:
Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt

8.1. ORG-0004

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer des Bundes beim Bundeskartellamt
Registrierungsnummer: t:022894990
Postanschrift: Villemombler Straße 76
Stadt: Bonn
Postleitzahl: 53123
Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)
Land: Deutschland
Kontaktperson: yk@bundeskartellamt.bund.de
E-Mail: yk@bundeskartellamt.bund.de

Telefon: +49 228-94990

Fax: +49 228-9499163

Rollen dieser Organisation:

Überprüfungsstelle

8.1. ORG-0005

Offizielle Bezeichnung: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)

Registrierungsnummer: 0204:994-DOEVD-83

Stadt: Bonn

Postleitzahl: 53119

Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)

Land: Deutschland

E-Mail: noreply.esender_hub@bescha.bund.de

Telefon: +49228996100

Rollen dieser Organisation:

TED eSender

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: d3cc5ece-7ce9-461f-9e4c-d8591c4c934c - 01

Formulartyp: Wettbewerb

Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung

Unterart der Bekanntmachung: 16

Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 29/11/2024 11:04:43 (UTC+01:00)

Mitteuropäische Zeit, Westeuropäische Sommerzeit

Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch

Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 732611-2024

ABl. S – Nummer der Ausgabe: 234/2024

Datum der Veröffentlichung: 02/12/2024